

Die Schweiz hadert mit ihren Gräben

Eigentlich sollte Einigkeit herrschen, wenn alle Stimmzettel ausgezählt sind, doch jetzt gibt es Abstimmungsbeschwerden

RALPH GOLDINGER, MATTHIAS VENETZ

Idealtypisch funktioniert die Schweiz in politischen Zyklen. Bei jeder Frage, die das Land beschäftigt, positionieren sich erst Verbände, Komitees und Parteien. In dieser Phase zerfällt das Land in seine Bestandteile. Dann kommt der Abstimmungssonntag.

Wenn am Abend die letzten Stimmzettel ausgezählt sind, versammeln sich Vertreter aller Parteien im Fernsehstudio. Dort wird von den Unterlegenen erwartet, dass sie das Ergebnis anerkennen, und von den Gewinnern, dass sie sich versöhnlich geben. So soll vor den Kameras die Einigkeit im Land wiederhergestellt werden. Doch immer öfter beschliesst der Abstimmungssonntag den Zyklus nicht mehr, sondern leitet bereits den nächsten ein.

Am vergangenen Sonntag stimmte die Schweiz über die Abschaffung des Eigenmietwerts (abgeschafft) und die Einführung der E-ID (eingeführt) ab. Aber im Nachgang taten sich vielerorts in der politischen Landschaft Gräben auf. Noch am Abend teilte der Bundesrat mit, gegen die Abstimmung zur E-ID seien zwei Beschwerden eingegangen.

Kurz darauf hiess es, die Abschaffung des Eigenmietwerts veranschauliche den Stadt-Land-Graben. Anderorts wurde auf den Röstigraben hingewiesen. Die Sozialdemokraten stilisierten den Volksentscheid zur Klassenfrage und zogen damit ihre Kampagne aus dem Abstimmungskampf weiter. Und bei der denkbar knappen Abstimmung zur E-ID könnte sich gar eine neue alte Segmentierung des Landes andeuten: der Corona-Graben. So steht am Ende dieses Abstimmungssonntags nicht das Lob auf die einigende Wirkung der direkten Demokratie im Zentrum, sondern der Eindruck eines zerklüfteten Landes.

Rösti und anderes Trennendes

Die Abschaffung des Eigenmietwerts scheiterte in sämtlichen Westschweizer Kantonen, während sie von praktisch allen Deutschschweizer Kantonen gefordert wurde. Die Westschweizer Zeitung «Le Temps» schrieb nach der Auszählung von einer «retour du Röstigraben», einer Rückkehr des Röstigrabens. Der Röstigraben zeigt sich schon bei den Gegnern und Befürwortern der Vorlage: Im Unterschied zur Deutschschweiz bekämpften in der Romandie auch bürgerliche National- und Ständeräte die Vorlage.

Und nicht nur die Westschweizer Gegnerschaft unterschied sich von der deutschschweizerischen, sondern auch,



Neben dem Stadt-Land-Gegensatz prägen das Land vermehrt auch soziologische Unterschiede.

KARIN HOFER / NZZ

worüber jeweils gesprochen wurde: «Im Grunde führten Deutschschweizer und Welsche im Abstimmungskampf eine andere Diskussion», sagt der Politologe Michael Hermann.

Die Deutschschweiz habe eine Grundsatzdebatte über die Fairness des Eigenmietwerts geführt, während die Westschweizer stärker über die wirtschaftlichen Folgen der Reform gesprochen hätten, sagt Hermann. Das Komitee «Nein zum Sanierungs-Stopp» warnte vor zerfallenden Häusern, weil die Hausbesitzer von Investitionen absehen würden. Sie befürchteten eine Schwächung des Baugewerbes und dass weniger Eigentümer ihre Immobilien energetisch sanieren würden. Argumente, die in der Westschweiz stärker mobilisierten als in der Deutschschweiz.

Während Zürcher und Basler über Sinn und Unsinn der «Steuer auf das fiktive Einkommen» diskutierten, argumentierten Genfer und Neuenburger technischer und entlang konkreter wirtschaftlicher Folgen des Systemwechsels. Am Ende entschied die deutschsprachige Mehrheit die Diskussion für sich – Grundsatzdebatte statt technisches Argumentarium.

Die Schweiz sei ein Land von Mietern, heisst es immer wieder. Doch das ist eine Verknappung und trifft vor allem auf die städtischen Regionen zu. In Basel-Stadt besitzt nur jeder Siebte eine eigene Wohnung, in den ländlich geprägten Appenzeller Halbkantonen fast jeder Zweite. Entsprechend versuchten Gegner der Vorlage, wie Linke und Mieterverbände, den Stadt-Land-Graben für sich zu nutzen, und konzentrierten ihre Kampagne auf den Gegensatz zwischen Mietern und Vermietern.

Daten des Forschungsinstituts Leewas zeigen, dass ihre Argumente in den Städten durchaus gehört wurden: Die städtische Schweiz sprach sich gegen die Abschaffung des Eigenmietwerts aus. Doch in den Agglomerationen und auf dem Land stimmten fast zwei Drittel der Reform zu.

Sympathie für Hauseigentümer

Zunächst scheint das Abstimmungsergebnis also ein Beleg für einen klaren Stadt-Land-Graben und eine Bestätigung für die Strategie der Linken zu sein. Der Politologe Hermann relativiert jedoch und sagt, die Gegner hät-

ten sich zu sehr auf das Konfliktpotenzial zwischen Mietern und Eigentümern verlassen. «Die Schweizer Bevölkerung empört sich viel eher über hohe Managerlöhne als über Hauseigentümer.» Familien und Betagte mit Wohneigentum genossen – anders als Top-Banker – grundsätzlich Sympathie.

Dass die Städte für die Abschaffung des Eigenmietwerts stimmten, erklärt Hermann mit einer weiteren Beobachtung. Gerade unterschiedliche Sensibilitäten zwischen urbanen und ruralen Gebieten hätten den Abstimmungsausgang geprägt. Befürworter der Vorlage versuchten die Abstimmung zu einer Frage der Fairness zu machen. Eigentlich ein Begriff aus dem linken Repertoire. So schrieb das Pro-Komitee von «Bestrafung von Familien und älteren Menschen», von «Belohnung beim Schuldenmachen». Diese Schlagwörter haben das Land offenbar stärker mobilisiert als die Städte.

Die Gräben in der politischen Landschaft der Schweiz waren bisher in erster Linie Grenzen zwischen geografischen Einheiten. Zwischen Romandie und Deutschschweiz, zwischen Stadt und Land. Möglicherweise öffnen sich

derzeit aber noch weitere, soziologische Gräben.

Covid-Langzeitfolgen

Gerade einmal 21 000 Stimmen haben die Abstimmung zur E-ID entschieden. Politologen und Experten hatten mehr Zustimmung erwartet. Auch deshalb sagte Bundesrat Beat Jans am Sonntagabend: «Wir werden uns anstrengen müssen, um das Vertrauen derjenigen zu gewinnen, die heute Nein gestimmt haben.» Möglicherweise war das eine Untertreibung.

Gegen die Einführung der E-ID hatte die Kleinpartei «Digitale Integrität» das Referendum ergriffen, eine Abspaltung der Piratenpartei. Unterstützt wurde sie von einem Bündnis bestehend aus der Jungen SVP, der rechtskonservativen EDU und den Freunden der Verfassung. Alle drei kämpften bereits gegen das Covid-Gesetz und vertraten damals eine neue Strömung in der politischen Landschaft der Schweiz: jene gesellschaftliche Gruppe, die unter dem

Das Abstimmungsergebnis zur E-ID lässt vermuten, dass ein erheblicher Teil der Stimmbevölkerung eine gewisse Skepsis gegen Staat und Behörden entwickelt hat.

Eindruck der Corona-Politik des Bundesrates eine ausgeprägte Staatskepsis entwickelt hat.

Trotz etlichen Demonstrationen und sehr viel medialer Aufmerksamkeit ist es dem Corona-skeptischen Bündnis bei allen drei Abstimmungen zum Covid-Gesetz nicht gelungen, in der Stimmbevölkerung eine breite Basis anzusprechen. Doch nun hat sich etwas verändert. Offenbar sind die Gegner der E-ID bei der SVP-Basis anschlussfähig geworden.

Das Abstimmungsergebnis zur E-ID lässt vermuten, dass ein erheblicher Teil der Stimmbevölkerung eine gewisse Skepsis gegen den Staat und seine Behörden entwickelt hat. Zumindest wenn es um staatliche Kontrolle geht. Für ein Land wie die Schweiz, das stets stolz auf das Vertrauen seiner Bürger in ihren Staat war, ist das eine neue Entwicklung. Und ein weiterer Graben.

Das hauchdünne Ja zur E-ID ist ungemütlich

Die Verlierer zweifeln den demokratischen Prozess an, und die Gewinner müssen sich eingestehen, dass ihnen ein klares Mandat fehlt

GIOIA DA SILVA

Selten gehen Abstimmungen so knapp aus wie jene zur E-ID. Erst als die letzte Stimme ausgezählt war, wurde klar: Die E-ID kommt durch, mit einem Ja-Anteil von 50,39 Prozent. Den Ausschlag gaben 21 266 Stimmen. Ein Zufallsresultat.

Dabei gingen im Vorfeld der Abstimmung sämtliche seriösen Umfrageinstitute von einer Zustimmung von 55 bis 60 Prozent aus. Nun rätseln Politologen, wie es zu dieser Diskrepanz zwischen Erwartung und Endresultat kommen konnte – und warum die Hälfte der Schweizer Stimmbürger der E-ID so kritisch sehen.

Cloé Jans, Politologin und Mitglied der Geschäftsleitung beim Forschungsinstitut GfS Bern, geht davon aus, dass in den Tagen vor der Abstimmung eine starke Mobilisierung auf dem Land stattgefunden hat. Besonders stark dürfte hier die SVP mobilisiert haben. Als einzige Partei hat sie im Vorfeld der Abstimmung die Nein-Parole beschlossen.

Unerwartete Dynamiken wie jetzt bei der E-ID kämen in Abstimmungskämp-

fen immer wieder vor, sagt Jans. Dass man die starke Ablehnung nicht vorhergesehen habe, liege auch daran, dass die Gegnerschaft aus Menschen bestehe, die man mit Umfragen schlecht erreiche: regierungskritische Personen, die nur selten an Abstimmungen teilnahmen.

Wenig Vertrauen in den Bund

Sie hätten, glaubt Jans, grundsätzlich wenig Vertrauen in den Bund. Und bei IT-Projekten sei die Skepsis besonders gross. Tatsächlich macht der Bund wiederholt Schlagzeilen mit gescheiterten IT-Projekten. Zwar unternimmt er viel, um die IT-Sicherheit bei der E-ID zu garantieren. Aber offenbar ist es ihm nicht gelungen, dies glaubhaft darzulegen.

Dazu kommt ein grundsätzliches Unbehagen mit der Digitalisierung. Jans sagt: «Der technologische Wandel schreitet in einem unfassbar hohen Tempo voran. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dürften sich unsicher gewesen sein, ob der Bund mit den neusten technologischen Entwicklungen mithalten und wirk-

liche Sicherheit bieten kann.» Und Jans nennt noch ein anderes Argument, das wohl viele Stimmbürger zu einem Nein motiviert hat: «Für viele dürfte unklar gewesen sein, wofür sie selber die E-ID eigentlich brauchen – und ob man auch in Zukunft nicht staatlich zu einer E-ID gezwungen wird.» Gerade bei Stimmbürgern, die am Nutzen einer Vorlage zweifeln, komme der Status-quo-Bias zum Tragen: Anstatt ein Risiko einzugehen, sage man lieber Nein. Ob sich diese Vermutungen für das schlechte Abstimmungsergebnis bewahrheiten, werden die Nachwahlbefragungen zeigen.

Wer den Abstimmungskampf verfolgte, konnte zudem bemerken, dass die Gegner mit Emotionen spielten, während die Befürworter technokratisch argumentierten. Die E-ID schütze die Privatsphäre und sei praktisch, argumentierten die Befürworter. Die Gegner hingegen schürten die Angst vor einem Ausbau der Überwachung, verknüpften die E-ID mit der Organspende, zweifeln ihre langfristige Freiwilligkeit an. Auch das dürfte zu einer stärkeren Mobilisie-

rung der Gegner geführt haben. Doch Jans erklärt sich das schlechte Abschneiden der E-ID auch mit der anderen Vorlage dieses Abstimmungssonntags: jener zum Eigenmietwert. Die Abstimmung zum Eigenmietwert habe vermutlich besonders viele Stimmbürger mobilisiert, die in ländlichen, eher konservativen Regionen wohnten.

Tatsächlich zeigte die Abstimmung einen deutlichen Stadt-Land-Graben: Angenommen wurde die Vorlage nur in den städtisch geprägten Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Genf, Zug, Luzern, Waadt, Freiburg und Tessin.

Gegenangriff eingeleitet

Für die Gegner ist das knappe Abstimmungsergebnis besonders bitter. Deshalb gingen sie nach dem Volksentscheid direkt zum Gegenangriff über. Sie fordern die Aufhebung der Abstimmung, was bei ihrer Anhängerschaft das Gefühl weiter bestärken dürfte, dass den Behörden und dem demokratischen Prozess an sich nicht zu trauen

sei. Die Beschwerde hängt beim Zürcher Regierungsrat. Vertreter der Partei Digitale Integrität haben sie wenige Tage vor dem Urnengang eingereicht. Gegenstand der Beschwerde ist das Verhalten der Swisscom. Ihr wird vorgeworfen, sich unzulässig in den Abstimmungskampf eingemischt zu haben. Das Urteil steht aus.

Der Fall ist einmalig. Noch nie wurde eine Abstimmungsbeschwerde wegen politischer Einflussnahme eines Konzerns eingereicht. Die Politologin Jans schätzt es als unwahrscheinlich ein, dass die Beschwerde durchkommt.

Aber auch für das Ja-Lager, also die eigentlichen Gewinner der Abstimmung, ist das Resultat unbefriedigend. Sie müssen sich eingestehen, dass sie kein klares Mandat haben für die Einführung der E-ID. Und die knappe Zustimmung zeugt von einem sehr kleinen Vertrauensvorsprung, den die Stimmbürger der Regierung geben. Deshalb muss der Bund nun bei der Einführung der E-ID mit viel Fingerspitzengefühl vorgehen, um dieses Vertrauen nicht zu verspielen.